

## Rede von Gotthard Krupp auf dem BlackRock Tribunal am 17.9.2022, Potsdam

Manuskript...

Sehr geehrte Damen und Herren,

so wie ich die bisherige Diskussion verstanden habe, geht es hauptsächlich um die Frage, ob nicht eine Aktienrente oder ein Staatsfonds eine gute Ergänzung zum Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung sein könnte.

Klar ist, dass die Bundesregierung einen ersten Schritt in Richtung einer gesetzlichen Aktienrente gehen will, d.h. die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler zu stellen: neben der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente würde die Aktienrente zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören. Der Einstieg soll jetzt erfolgen, weitere Schritte werden folgen.

Gedacht wird an einen Staatsfonds, der von unabhängigen Profis gemanagt und von der Deutschen Bundesbank verwaltet werden soll.

Letzteres soll Vertrauen schaffen und Vertrauen ist nach dem Riester-Renten Skandal notwendiges Kapital.

Das deutsche Rentensystem besteht aus drei Säulen.

### **Die 1. Säule ist die gesetzliche Rente, die bisher rein nach dem Umlageverfahren funktioniert.**

Beim Umlageverfahren finanzieren die Arbeitnehmer die heutigen Rentner\*innen. Die eingehenden Beiträge werden umgehend als Leistungen ausbezahlt.

Dabei erhält die Deutsche Rentenversicherung einen Anteil der Löhne. Man setzt also bei dem realen Faktor Arbeit an. Der Reichtum der Gesellschaft, und das ist der Gedanke dahinter, wird durch Arbeit erwirtschaftet. Der Kapitalmarkt ist ausgeschaltet.

Sie bietet auch einen sehr guten Inflationsschutz. Die Beitragszahler erwerben keine Ansprüche in Euro und Cent, sondern in Rentenpunkten. Und der Wert des Punktes orientiert sich wiederum an den Löhnen. Normalerweise steigen die Löhne mindestens so stark wie die Inflation. In den letzten 60 Jahren sind die Löhne und die Renten tatsächlich weitaus stärker gestiegen als die Inflation.

Nebenbei: Die von der Regierung Scholz im Entlastungspaket angekündigte Förderung einer 3000 € Einmalzahlung der Unternehmen an die Beschäftigten sind von den Sozialversicherungsabgaben befreit, d.h. keine Einzahlungen in die Rentenkasse. Sie sind von daher ein vergiftetes Geschenk, da man damit keine Rentenansprüche erwirbt und selbstverständlich gehen sie nicht in die jetzige Rentenberechnung ein.

Bei den Löhnen spricht man immer noch fälschlicher Weise von einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil. Es ist vorenthaltener Lohn, der später in der Rente ausgezahlt wird. Auch der Arbeitgeberanteil ist somit ein Lohnanteil. Folgerichtig buchen die Unternehmen auch den Arbeitgeberanteil unter Lohnkosten.

Also wenn die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt werden, oder die Beiträge zur Krankenversicherung, dann handelt es sich in Wirklichkeit um eine Lohnsenkung für die Arbeitnehmer\*innen. Zwar steigt das „mehr netto“ vom „brutto“, aber dahinter verbirgt sich keine Lohnerhöhung, sondern eine Senkung. Wenn die Sozialabgaben erhöht werden, dann ist es eine Lohnerhöhung, obwohl der Arbeitnehmer weniger ausbezahlt bekommt.

Um es konkret zu machen:

Bei Brutto von 1000 Euro, bekommt der Arbeitnehmer fast 800 Euro ausbezahlt, aber die Lohnkosten des Unternehmers betragen 1220 Euro, die Kassen erhalten 425 €.

**Die 2. Säule ist die Betriebliche Altersvorsorge**, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren funktioniert, sowie als **3. Säule die private Renten- und Lebensversicherung**, die genauso funktionieren.

Beide sind heute mit einer Beitragsgarantie versehen. Das wirft das Problem auf, dass sie nur in sichere Zinspapiere investieren dürfen. Das Gleiche gilt für die Riester Rente. Die Verträge garantieren die eingezahlten Beiträge. Diese Pflicht zur Beitragsgarantie schränkt die möglichen Anlagemöglichkeiten ein.

Einen Kaufkraftverlust gleichen allerdings die Riester Rente und die anderen kapitalgedeckten Versicherungen nicht aus.

Man darf sich nicht täuschen lassen. Hintergrund für die Diskussion zur Einführung einer Aktienrente oder der Bildung eines Staatsfonds ist nicht die Krise der Gesetzlichen Rentenversicherung, sondern das Scheitern der Riester-Rente, wie auch der betrieblichen und der privaten Renten- und Lebensversicherungen. Sie haben die Erwartungen nicht erfüllt.

Eine Auswertung von 128 Versicherungsverträgen durch die Verbraucherzentrale Hamburg ergab, dass die Versicherte im Schnitt 95 Jahre alt werden müssten, damit sich der Vertrag für sie rechnet. Bei einem Produkt der Allianz müsste der Versicherte sogar 125 Jahre werden.

Hier gibt es eine wirkliche Krise.

### **Die bisher kapitalgedeckten Rentensysteme sind in der Krise, nichtumlagefinanzierte Rente.**

Und dabei muss man davon ausgehen, dass sich mit der steigenden Inflation diese Krise ausweitet. All jene, die in der Vergangenheit eine Lebensversicherung abgeschlossen haben, und jetzt als Rentner ihre monatliche Rente aus der Lebensversicherung beziehen, können kaum mit Erhöhungen rechnen. Ihre Rente verliert entsprechend der Inflationsrate an Wert. Das wird zu einem Problem mit großer Sprengkraft werden. Vielen Selbstständige blieb kein anderer Weg, als sich privat zu versichern.

Gerade in diesen Tagen bewährt sich, wie so oft in der Geschichte, das umlagefinanzierte System.

### **Kommen wir zur Aktienrente.**

Die Logik ist ganz einfach. Steigen die Umsätze und die Gewinne, so wächst der Wert eines Unternehmens an der Börse. Dabei kann es zu großen Schwankungen und Turbulenzen kommen. Die Umsätze und zumeist auch die Gewinne steigen mit der Inflation. Schließlich treiben die Unternehmen die Preise, die über die Inflationsrate bestimmen. Und normalerweise ist die Rendite sogar höher als die Inflationsrate. Deswegen werden die sogenannten ETF, also die börsengehandelten Indexfonds, als ein gutes Mittel für langfristiges zu Sparen gepriesen.

Aber es ist natürlich eine Illusion, zu glauben, dass das der Wahrheit entspricht.

Zunächst, so lange gibt es die ETF noch nicht. Die ersten gab es in den 70er Jahren, die ersten ETFs wurden 1990 an einer Börse gelistet, nämlich in Kanada, und in Deutschland gibt es sie erst seit dem Jahr 2000.

Und wie lese ich in der Welt? „Aber der Trend ist seit 100 bis 200 Jahren positiv.“

Was für eine absurde Aussage. Der letzte großen Börsencrash ist noch nicht so lange her.

Aber lassen Sie mich kurz auf die Frage von Realwirtschaft und Finanzmarkt kommen.

Karl Marx hat schon ausgeführt: „Nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit (ist) Zweck des Kapitals.“

Das Gute an dem Blackrock Tribunal ist es, dass er den Finanzmärkten Namen und Adresse gibt.

Auf dem ver.di Bundeskongress 2011 gab es eine Diskussion zur sogenannten „Griechenlandhilfe“. Es lag ein Initiativ-Antrag vor, der die Griechenland Hilfe ablehnte. Dahinter stand folgendes Problem. Die berühmten Milliardenhilfen funktionieren wie folgt.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW überweist das Geld an die EZB. Die EZB überweist es dann an die griechische Zentralbank. Und von da wird das Geld ans griechische Finanzministerium weiter gereicht. Und das bezahlt damit die Schulden nämlich an die EZB oder französische private Banken, an die Deutsche Bank, die deutsche Commerzbank. Was diese mit dem Geld machen? Das entzieht sich jeder politischen Kontrolle.

Entweder sie kaufen mit diesem frischen Geld, die zu privatisierenden Betriebe in Griechenland auf oder sie inszenieren eine neue Spekulationswelle.

Der damalige ver.di-Chef Frank Bsirske verteidigte die Kredite für die sog. „Griechenland-Hilfe“ damit, dass sonst die Rentner ihre Rente nicht bekommen. Daraufhin haben wir vorgeschlagen. Ja wir sind solidarisch, zahlt die „Griechenland-Hilfe“ doch an die Rentner direkt aus.

Dieser Beschluss hatte weitreichende Folgen. Die Positionierung von ver.di: lässt uns die Rentner direkt bezahlen, das heißt, wir überweisen an die Rentner, bedeutete auszuschließen, dass der Finanzmarkt mit seiner Renditegier dazwischengeschaltet wird. Nach langer Diskussion wurde eine entsprechende Entscheidung vom ver.di Bundeskongress getroffen, nämlich die sozial zerstörerischen Sparauflagen für die südeuropäischen „Schuldnerstaaten“ zu verurteilen.

Aber deshalb gibt es auch das Nein zur Schuldenbremse von ver.di und uns alle wurde bewusst wir nehmen die Entwicklung in der Realwirtschaft zum Ausgangspunkt.

Damals habe ich diese Zeichnung vorgelegt. Das hier, die kleine Kugel, das ist die reale Wirtschaft - 63 Billionen 2010. Und das sind die Aktien. Sie sind auf 87 Billionen und dann noch die Finanzderivate, sie sind schon 601 Billionen. Auf die neuen 955 Billionen Volumen der Devisengeschäfte will ich gar nicht eingehen.

Wir haben eine absolute Entkoppelung zwischen Realwirtschaft und Finanzmärkten.

Und diese Entwicklung ist weitergegangen. Inzwischen ist das weltweite BIP bei 84 Billionen, also wir haben seit 1990 eine Steigerung von fast 185 %. Dagegen betragen Aktien heute 185 Billionen, seit 1990 eine Steigerung von 2000 %.

Ich verstehe das Problem sehr gut. Damit die Aktienmärkte weiter steigen, müssen neue Quelle aus der Realwirtschaft erschlossen werden. Deshalb die Privatisierungsoffensive gegenüber dem gesamten öffentlichen Sektor oder in unserem Falle auch die Aktienrente.

Es tritt ein neuer Staatsfonds auf, generiert Nachfrage nach Aktien, und allein das lässt die Kurse steigen. Und es werden weitere Schritte folgen müssen. Mit dieser Entscheidung beginnt die Bundesregierung ein Teil der Rentenzahlung am instabilen und nicht krisenfesten Finanzmarkt anzulegen. Damit wird das sozialstaatliche System des solidarischen, gesetzlichen Rentensystem verlassen.

Das Problem ist nicht, dass es nicht genug Geld gibt. Was fehlt, sind renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten. Da es diese zu wenig gibt, muss die Kurssteigerung auf anderem Weg erschlossen werden.

Für die Gewerkschaften zählt die Entwicklung der Realwirtschaft.

Und dabei bin ich wieder bei der umlagefinanzierten Rente. Diese ist gekoppelt an die Löhne, also in engster Verbindung mit der Realwirtschaft- nicht mit den allein auf Gewinnerzielung ausgerichteten Spekulationsgeschäften. Natürlich kann auch die Realwirtschaft in die Krise geraten, wie jetzt mit der Schrumpfung der industriellen Produktion in Deutschland und dem beginnenden Ruin des Mittelstandes. Aber dann stellen sich andere Fragen.

Bleibt ein letzter Punkt. Es gibt angeblich große Probleme mit der Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Rente.

Aber woran liegen diese? Eingangs habe ich dargestellt, dass die Sozialabgaben Lohnkosten sind.

Zur Erhöhung des wettbewerbsfähigen Profites drängen die Konzerne zu einer z.T. kräftigen Senkung der Lohnkosten.

Das geschieht u.a. durch die Senkung der Sozialabgaben und die Inflation.

Aber vor allem genannt werden muss die Schaffung eines breiten Niedriglohnsektor. Das war die Folge der Politik der Agenda 2010 von Gerhard Schröder. Er selbst hat seine Politik in Davos gelobt und gesagt. „Ich habe den größten Niedriglohnsektor Europas geschaffen.“ Damit hat er auch die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung schwer geschädigt. Er wollte das durch eine Kapitaldeckung ausgleichen, nämlich durch die

Einführung der Riester-Rente, ein Milliarden Geschäft für die Finanzindustrie zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Rentner\*innen.

Ich will noch einen Punkt hinzufügen. Der Staat hat Zugriff auf die Rente.

Es gibt keine, und da ist der Titel für mein Referat in der Einladung ausdrücklich falsch, steuerfinanzierte Rente. In Wirklichkeit passiert genau das Gegenteil. Die Rentenversicherung rechnet Kindererziehungszeiten oder Ausbildungszeiten an. Das ist gut und in Ordnung. Dafür gibt es aber keine Einnahmen. Das sind sozialpolitische Maßnahmen, die aus den Steuern zu zahlen sind, nicht von den Beitragszahlern. Diese sozialpolitischen Maßnahmen werden allerdings nicht alle durch den Zuschuss abgedeckt. Insofern findet eine tatsächlich eine Plünderung der Rentenkasse statt.

Die **nicht beitragsgedeckten Leistungen** der Rentenversicherung, weisen eine Unterdeckung von derzeit 30 Milliarden € auf. Diese sind sofort aus dem Staatshaushalt an die Rentenversicherung zu transferieren.

Wer die gesetzliche Rente krisenfest machen will, muss folgende Maßnahmen ergreifen:

- Förderung inflationssicherer allgemeinverbindlicher Flächentarifverträge, d.h. inflationssichere Löhne
- den Niedriglohnsektor austrocknen
- der Staat muss seine sozialen Maßnahmen aus dem Haushalt finanzieren und nicht der Rentenversicherung aufbürden.

In Deutschland diskutiert man gerne in Modellen. Wie könnte man eine gute Rente garantieren? Ja sicher, man kann ein besseres Modell finden.

Aber wer was tun will, kann hier schon mal anfangen, insbesondere was den Niedriglohnsektor betrifft. Wir müssen einen Widerstand gegen die Ausweitung der Mini- und Midijobs und die Tariffucht wird. Nein zu den Einmalzahlungen, die statt der Weiterentwicklung der Tarifverträge durch tabellenwirksame Lohnerhöhungen, gefördert werden.

#### **Was kann man tun:**

Vor einem Jahr hat Dr. Ursula Klingmüller in einem hervorragenden Artikel in der Zeitschrift „Soziale Politik und Demokratie“ die Gefahren der Aktienrente dargestellt. Gestützt auf diesen Artikel hat der Berliner ver.di Arbeitskreis Europa einen Flyer entwickelt und inzwischen findet eine Kampagne statt unter dem Motto: „Sichere Altersvorsorge statt Privatisierung der gesetzlichen Rente“.

Es hat zwar ein Jahr gebraucht, aber jetzt mit dem Segen der entsprechende Bundesvorstand Abteilung. Das Hauptargument für die Verzögerung war, dass der Gesetzentwurf noch nicht vorliegt. Aber wenn er vorliegt, dann ist es zu spät.

Wir wollen eine breite Diskussion organisieren und auf alle Konferenzen Initiativen dazu verabschieden. So entwickelt sich daraus eine Kampagne. verabschieden, es ist eine Kampagne.

Jeder den Reallohn sichernde erfolgreiche Tarifkampf ein Betrag zur Sicherung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente. Und da haben wir eine Herkulesaufgabe vor uns. Wir brauchen inflationssichere Tarifverträge, sowie die Auflösung des Niedriglohnsektors.

Und in diesem Kampf befinden wir uns.